

NACHRICHTEN

China gibt Serbien Millionen-Kredit

BELGRAD: Der staatliche serbische Stromproduzent EPS und zwei nicht genannte chinesische Unternehmen haben ein Abkommen über einen Kredit Chinas von 48 Millionen US-Dollar unterzeichnet. China wird unter anderem Maschinen, Technik und Ersatzteile für die Modernisierung serbischer Bergwerke und des Stromübertragungsnetzes liefern, meldete die staatliche Belgrader Nachrichtenagentur Tanjug am Mittwoch. Chinesische Unternehmen sollen auch an Investitionen für ein neues Kraftwerk südlich von Belgrad im Wert von 750 Millionen US-Dollar interessiert sein, schreibt die Belgrader Zeitung «Glas javnosti» am Mittwoch.

China entlässt Dissidenten

PEKING: China hat den Dissidenten Zhang Jingsheng nach elf Jahren Haft am Dienstag vorzeitig wegen guter Führung entlassen. Dies berichtete am Mittwoch das Hongkonger Informationszentrum für Menschenrechte und Demokratie. Der ehemalige Elektrotechniker gab in der Zeit der Demokratiebewegung Ende der 70er Jahre die pro-demokratische Zeitschrift «Gonghe Bao» heraus. Daraufhin war Zhang Jingsheng 1981 zu vier Jahren Haft verurteilt worden. 1989 wurde er erneut wegen seiner Rolle in der blutig niedergeschlagenen Studentenbewegung zu 13 Jahren verurteilt.

Afghanische Opposition erobert weitere Stadt

PESHAWAR: Die afghanische Opposition hat am Mittwoch den regierenden Taliban-Milizen die Hauptstadt der im Nordwesten gelegenen Provinz Ghour abgenommen. Chakhcharan sei nach kurzem Kampf erobert worden, meldete die private Nachrichtenagentur AIP. Die Taliban-Verteidigung sei nur schwach gewesen. Bei dem Kampf seien mindestens vier der Angreifer getötet worden. Über das Schicksal des Taliban-Gouverneurs und anderer Funktionäre sei nichts bekannt.

Ex-König will Familienbesitz zurück

STRASSBURG: Mit einer Entschädigungsklage des im Exil lebenden griechischen Ex-Königs Konstantin hat sich am Mittwoch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg befasst. Der seit dem Militärputsch von 1967 in London lebende Ex-Monarch wirft der Athener Regierung einen Verstoß gegen das Verfassungsrecht auf Eigentum vor. Konstantin wurde ebenso wie andere Mitglieder seiner Familie 1994 enteignet. «Wir vertrauen auf den Gerichtshof für Menschenrechte und glauben, dass es endlich Gerechtigkeit im Rahmen des Gesetzes geben wird.» Zumindest erwarte seine Familie eine angemessene Entschädigung. Der 60-Jährige fordert von der Regierung in Athen etwa 615 Milliarden Drachmen (rund drei Milliarden Franken) Entschädigung für die Enteignung seines Immobilienbesitzes. Mit einer Entscheidung der Strassburger Richter wird in einigen Monaten gerechnet.

EU-Kandidaten drängen auf raschen Beitritt

LUXEMBURG: Die Kandidaten für einen Beitritt zur Europäischen Union drängen wegen der zunehmend schwierigen Verhandlungen mit der EU auf klare Zieldaten zum Abschluss der Gespräche. Bei einem Treffen der zwölf Außenminister der Kandidatenstaaten mit EU-Vertretern sagte der ungarische Außenminister Janos Martonyi am Mittwoch in Luxemburg ebenso wie sein tschechischer Kollege Jan Kavan, er hoffe, dass die EU Ende des Jahres solche Zieldaten vorlegen werde. Die Europäische Union hat vor rund zwei Jahren Beitrittsgespräche mit Polen, Tschechien, Slowenien, Estland, Zypern und Ungarn begonnen und erklärt, sie sei ab 2003 zur Aufnahme neuer Mitglieder bereit.

Selbstmordanschlag in Sri Lanka

COLOMBO: Bei einem Bombenanschlag gegen einen Militärbus in Sri Lanka sind am Mittwoch mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen. In ersten Berichten war von drei Toten die Rede gewesen. Bis am Abend blieb unklar, wie genau es zu dem Anschlag kam.

Schritte zur Aussöhnung

Innerkoreanisches Treffen: Nord- und Südkorea unterzeichnen Abkommen

SEOUL: Die Staatschefs Nord- und Südkoreas, Kim Jong Il und Kim Dae Jung, haben Schritte zur Aussöhnung der beiden seit 50 Jahren verfeindeten Länder vereinbart. Ein entsprechendes Abkommen wurde am zweiten Gipfeltag in Pjöngjang unterzeichnet.

Wie ein südkoreanischer Pressensprecher am Mittwoch mitteilte, sind im Abkommen Punkte zu einer möglichen Wiedervereinigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Erleichterung von Familien-Zusammenführungen enthalten. Zum Abschluss des Gipfels lud Südkorea Medienberichten zufolge den nordkoreanischen Staatschef nach Seoul ein.

Nach Angaben einer südkoreanischen Sprecherin führten die beiden Staatschefs bei zwei Treffen insgesamt mehr als drei Stunden lang intensive Gespräche über «Versöhnung, Zusammenarbeit und Wiedervereinigung, den Abbau von Spannungen und Frieden, die Zusammenführung von getrennten Familien sowie Austausch und Zusammenarbeit zu verschiedenen weite-



Annäherung zwischen Nord- und Südkorea: Kim Jong Il (links) und Kim Dae Jung haben Schritte zur Aussöhnung ihrer Länder vereinbart. (Bild: Key)

ren Themen». In allen Bereichen habe es Annäherungen gegeben. Der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung bezeichnete die Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten Angaben von Journa-

listen zufolge als «absolut verpflichtend».

Sie sei kein Kann, sondern ein Muss. Er habe sein Gegenüber Kim Jong Il aufgefordert, sich für «Versöhnung und Zusammenarbeit»

einzusetzen und auch die Beziehungen zu den USA und Japan zu verbessern.

Nach Angaben Südkoreas führten die beiden Staatsoberhäupter auch Gespräche über die Einrichtung eines so genannten roten Telefons, über das sie in ständigem Kontakt bleiben könnten. Zunächst unbestätigten Berichten zufolge wurde auch über die Einrichtung von gegenseitigen diplomatischen Vertretungen diskutiert.

Kritiker sehen in den Spitzengesprächen nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zur Annäherung beider Landesteile. Der südkoreanische Präsident und der Grossteil der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze feierten den Gipfel dagegen als Riesenerfolg. Familien, die seit mehr als fünf Jahrzehnten wegen der Landesteilung getrennt leben mussten, hoffen nun, endlich Nachrichten von ihren Verwandten zu erhalten.

Der am Dienstag begonnene zweitägige Gipfel war der erste seit der Teilung der ostasiatischen Halbinsel vor 55 Jahren. Auch nach dem Ende des Korea-Krieges (1950-1953) befinden sich beide Staaten offiziell noch immer im Kriegszustand.

Schüssel: «EU-Tierversuch»

WIEN/LISSABON: Österreich will sich bei den Bemühungen um ein Ende seiner politischen Isolierung in der Europäischen Union (EU) nicht einem internationalen Beobachtungsmechanismus unterwerfen.

Der konservative österreichische Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) lehnte am Mittwoch entsprechende Vorschläge der portugiesischen Regierung mit der Begründung ab, Beobachtung ohne Dialog sei wie ein Tierversuch. Portugal, das die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, hatte vorgeschlagen, zu beobachten, ob Österreich mit Grundwerten der EU konform gehe. Portugals Ministerpräsident Antonio Guterres sprach von einer möglichen Geste, die einer Aufhebung der Sanktionen nahe komme. Schüssel sagte, er sei zu partnerschaftlichen Gesprächen bereit. Er stehe jederzeit für eine Telefonkonferenz zur Verfügung.

Billionen für Waffen

Rüstungsausgaben steigen weltweit an

STOCKHOLM: Die weltweiten Rüstungsausgaben beginnen nach zehn Jahren Niedergang wieder anzusteigen. Im Vorjahr hatte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI noch eine Verringerung der Militärausgaben um 3,5 Prozent ermittelt.

Wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten SIPRI-Jahrbuch 2000 zu Rüstung und Abrüstung hervorgeht, nahmen die Militärbudgets aller Staaten 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Prozent auf rund 1,3 Billionen Franken zu. Im Vergleich zum Ende des Kalten Krieges 1990 wurde zum Jahrtausendwechsel immer noch etwa ein Drittel weniger für die Rüstung ausgegeben.

SIPRI-Chef Daniel Rotfeld meinte zu dem erneuten Anstieg der militärischen Ausgaben: «Man darf das nicht überbewerten. Eigentlich geht es um eine Stabilisierung und Stagnation.» Auch in

den kommenden Jahren sei keine neuerliche Explosion der Rüstungsausgaben zu erwarten.

Entscheidend zur Entwicklung des vergangenen Jahres beigetragen haben SIPRI zufolge die militärischen Grossmächte USA, Frankreich, China und Russland mit jeweils höheren Militärausgaben. Russland erhöhte seine Staatsausgaben für militärische Zwecke um 24 Prozent, lag damit aber immer noch um 53 Prozent niedriger als 1992 kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Insgesamt wendeten die Staaten der Welt 2,6 Prozent der Brutto-Inlandsprodukte für Militärausgaben auf. SIPRI warnt im Jahrbuch vor den Gefahren durch geheime nordkoreanische Rüstungsprogramme für Atomwaffen. Das Land habe seine Verpflichtungen aus bilateralen Übereinkommen mit der Internationalen Atomenergie-Agentur nicht erfüllt.

Weltmarsch der Frauen

BERN: Am traditionellen Frauentag haben in Bern am Mittwoch über 300 Frauen und Männer die tiefen Lohndrucke im Arbeitsmarkt mit einer «marche mondiale» zum Weltmarsch der Frauen genutzt. Die Teilnehmerinnen stellten sich für ihre Forderungen vor dem Gebäude der Universität. Die Professorinnen von der Hochschule Westschweiz rätin Ruth Dräsel überreichte einen Brief übergeben. Darin ist die Arbeitsgemeinschaft der Verbände (SAV) als Schlichtungsvermittlerin

Zehntausende auf der Strasse

Demonstration gegen neue griechische Personalausweise

ATHEN: In Griechenland hat sich der Streit um die Streichung des Religionsvermerks in den neuen Personalausweisen verschärft. Zehntausende von Menschen protestierten am Mittwoch in der Hafenstadt Thessaloniki gegen die Pläne der Regierung.

An der Demonstration nahm fast die gesamte Führung der orthodoxen Kirche Griechenlands und Hunderte von Priestern teil. Die Kundgebung richtete sich gegen die von der sozialistischen Regierung geplante Streichung des Vermerks der Religion in den Personalausweisen.

Zur Demonstration hatte Griechenlands orthodoxe Kirche aufgerufen. Sie hatte Hunderte Busse eingesetzt, um die Gläubigen aus dem ganzen Land nach Thessaloniki zu bringen. Die Versammelten skandierten «Griechenland, Religion, Orthodoxie» und «Griechenland bedeutet Orthodoxie» und schwenkten griechische und byzantinische Fahnen. Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche Griechenlands,

Erzbischof Christodoulos, forderte die Regierung unter Ministerpräsident Kostas Simitis auf, die geplante Streichung zurück zu nehmen. «Sie werden alleine bleiben. Das Volk folgt Ihnen nicht. Die Regierung irrt

sich», sagte Christodoulos. Die Kirche vertritt die Ansicht, dass das griechische Volk bei Streichung des Religionsvermerks im Personalausweis seine «Identität» verlieren werde.



Zehntausende von Menschen protestierten gestern in der Hafenstadt Thessaloniki gegen die von der sozialistischen Regierung geplante Streichung des Vermerks der Religion in den Personalausweisen. (Bild: Keystone)

Schas verhandelt mit Barak-Partei

JERUSALEM: In Israel hat die ultra-orthodoxe Schas-Partei am Mittwoch erneut Verhandlungen mit Vertretern der Partei von Ministerpräsident Ehud Barak aufgenommen. Einen Tag zuvor hatte sie angekündigt, die Koalitionsregierung zu verlassen.

Mit den erneuten Verhandlungen wuchs im Regierungslager die Hoffnung, dass die vor einer Woche ausgebrochene Regierungskrise beigelegt werden könne. Nach Angaben des israelischen Radios konzentrierten sich Unterhändler auf finanzielle Forderungen von Schas und auf die Forderung nach Legalisierung ihrer illegalen Radiostationen. Der Friedensprozess mit den Palästinensern, den Schas noch am Dienstag als einen Grund für ihren Auszug aus der Regierung mit angeführt hatte, spielte dagegen offenbar keine Rolle. Ungeachtet der Drohung, die Koalition Baraks zu sprengen, hatten Vertreter von Schas und Barak bereits am Dienstag klar gemacht, dass «die Tür zu Verhandlungen» zur Beilegung des Konflikts weiter offen stehe.